

Sternstunde für die Familie

Leserbrief: Thurgau modern, 17.11.

Denise Neuweiler kann nur beiegepflichtet werden: Es ist «ein gutes Gefühl», in einem Kanton zu leben, in dem die Familie «auch die Wertschätzung der Politik erhält». Mehr noch: Dass sich der Grosse Rat trotz heftiger Gegenwehr der Regierung für einen Eigenbetreuungsabzug von mindestens 3000 Franken pro Familie ausgesprochen hat, ist ein starkes familienpolitisches Zeichen. Als Mitmotionär freut mich auch besonders, dass bei diesem Vorstoss ein Schulterschluss von CVP, EVP, Grünen und SVP möglich war. Wenn es um die Stärkung der Familie als Keimzelle unserer problembeladenen Gesellschaft geht, müssen parteipolitische Interessen in den Hintergrund treten.

Dass sich der Regierungsrat allein aus finanzpolitischen Überlegungen gegen das «grundsätzlich sympathische» Anliegen stellte, entsprach einer selten einäugigen Sicht. Geradezu penibel auch die Meinung des SP-Sprechers, ein Eigenbetreuungsabzug erübrige sich, denn da fielen ja keine Unkosten an. Von der FDP war zu hören, gesunde Kantonsfinanzen seien wichtiger, und ein Eigenbetreuungsabzug schaffe auch keine Gerechtigkeit.

Doch dann müsste sie bitte so konsequent sein und auch den Abzug für die Fremdbetreuung abschaffen. Die positiven Aspekte des neuen Familienabzugs liegen auf der Hand:

- Die Ungerechtigkeit bei den Abzügen für Fremd- und für Eigenbetreuung wird nicht ganz, aber immerhin teilweise ausgemerzt. Familien mit Fremdbetreuung können immer noch deutlich höhere Steuerabzüge geltend machen.

- Der erste Schritt zur Wahlfreiheit zwischen Eigen- und Fremdbetreuung ist gemacht.

- 28 000 Thurgauer Familien können profitieren.

- Es ist dies nicht zuletzt eine erstklassige Imagewerbung für einen familienfreundlichen Kanton – weit mehr als die 200 000 Franken, die in eine fragwürdige Imagekampagne für unsere Schule investiert werden.

12 Millionen Franken Entlastung, davon 4,8 Millionen zulasten des Kantons: Endlich ein handfestes Bekenntnis zur traditionellen Familie. Mehr als ein gutes Gefühl. Eine familienpolitische Sternstunde in einem Parlament, das in diesem Fall nicht nur redet, sondern handelt.

Andrea Vonlanthen
Kantonsrat SVP, Arbon



Schäfchen zählen

Leser Wolfgang Reisser aus Gossau fotografierte.

Ihr wahres Gesicht gezeigt

«Starks Chancen sind intakt», 22.11.

Nun zeigt also die SVP Thurgau ihr wahres Gesicht! Die oberste Riege der Kantonalpartei erwähnt die Verhinderung der Wiederwahl von der beliebten Bundesrätin der BDP Eveline Widmer-Schlumpf mit einem eigenen Thurgauer Kandidaten zum Ziel.

Wann gehen den «liberalen» Parteiangehörigen endlich die Augen auf, welche Ziele die

SVP Thurgau wirklich verfolgt? Können sie hinter diesen Machenschaften überhaupt noch stehen? Oder ist schliesslich das Wort «liberal» nur noch ein Deckmantel, um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen? Diese Frage sollten sich wirklich «liberale» SVPlers stellen!

Pascal Bertschinger
Heerewäg 14, 9556 Affeltrangen

Trotzend und inkonsequent

Nach den herben Niederlagen bei den Ständeratswahlen, zeigt jetzt

die SVP ihr wahres Gesicht mit den Trotzreaktionen, aus allen Kantonen Gegenkandidaten zur BDP-Bundesrätin aufzustellen.

Allen voran schreitet jetzt auch die SVP Thurgau. Hier zeigt sich auch die inkonsequente Haltung der SVP: Einerseits wollen sie die Volkswahl des Bundesrates und andererseits stellen sie sich trotzend gegen die im Volk beliebte Eveline Widmer-Schlumpf. Wie lange stellt sich die Wählerschaft noch hinter eine solche inkonsequente Partei wie die SVP?

Urs Ingold
Bilchen 10, 9553 Bettwiesen

«Vorschlag IHK als Bildungshemmer?»

Studierende sollen ihr Studium selber bezahlen, 22.11.11

Nachdem die Schweizer Wirtschaft seit Jahren über fehlende Fachleute klagt, wartet die IHK St. Gallen-Appenzell mit dem Vorschlag auf, dass Studierende ihr Studium selbst bezahlen sollen.

Der Vorschlag suggeriert weiter, dass ein Studium mit Vergütung gleichzusetzen ist. Es wird darin überhaupt nicht berücksichtigt, dass ein Studium für die meisten Studierenden harte und intensive Arbeit bedeutet. Das fehlende Einkommen während dieser Zeit bringt für viele Studierende Entbehrungen mit sich und ist nicht selten die Ursache für die Aufgabe des Studiums.

Darüber hinaus wurde bei der Ausarbeitung des Vorschlags nicht berücksichtigt, dass erfolgreiche Studienabgänger mit ihrem späteren Einkommen erhebliche Steuern entrichten und folglich die Bildungsausgaben des Staates mitfinanzieren. Sie leisten damit bereits ihren ausreichenden Beitrag an nachfolgende Studiengenerationen.

Nun sollen Studiumswillige mit einem weiteren Anstieg von Beiträgen noch zur Aufnahme eines Studiums motiviert werden?

Der von der IHK eingebrachte Vorschlag zielt meines Erachtens lediglich darauf ab, die notwendigen staatlichen Mehrinvestitionen zu verhindern und diese Kosten auf Studierende abzuwälzen. Der Nebeneffekt einer solchen Lösung wäre ganz klar ein erheblicher Rückgang von Studierenden mit unabsehbaren Folgen für den Werkplatz Schweiz.

Umso unverständlicher ist der Vorschlag der IHK. Gerade die IHK müsste ein grosses Interesse an möglichst vielen sehr gut Ausgebildeten haben, denn diese sind Garant für Forschung, Entwicklung, Innovation und Produktion. Gutausgebildete sind für einen modernen und erfolgreichen Staat unentbehrlich und sollten deshalb dem Steuerzahler auch etwas wert sein. Beruhigend ist immerhin, dass dank des Schweizerischen Bildungsgesetzes solche Vorschläge schnell wieder ad acta gelegt werden.

Statt mit bildungshemmenden Vorschlägen aufzuwarten, sollte sich die IHK noch viel mehr in der Überlegung engagieren, wie Bildung zukunftsweisend gefördert werden könnte.

Celso Bassanello-Waltert
Herbrigstr. 26, 9011 St. Gallen

Klassenkampf – von oben nach unten

Mit der Forderung, Studierende sollen ihre Kosten gänzlich selber bezahlen, zeigt die IHK ihr wahres Gesicht.

Schon heute können viele ihr Studium gar nicht oder nur mit Mühe finanzieren. Aber das können sich die Reichen und Superreichen von der IHK nicht vorstellen. Das Zerstören jeglicher Chancengleichheit durch Bildung hat nicht einmal etwas mit neoliberaler Logik zu tun – das ist purer Feudalismus.

Selbst aus wirtschaftlicher Sicht ist diese Forderung ein Kopfschuss. Liest man doch heute schon überall vom Fachkräftemangel und wie sehr die Schweiz auf ihre gutqualifizierten Arbeitskräfte angewiesen ist. Man muss nur nach Amerika schauen, um zu sehen, was mit einem Bildungssystem geschieht, wenn Geld zum wichtigsten Faktor im Aufnahmeverfahren wird. Das ist Klassenkampf! Von oben nach unten.

Angelo Zehr
Linsebühlstr. 77, 9000 St. Gallen

Berghotel Schwägalp oder Strandhotel Rimini?

Grünes Licht für Alpenresort, 16.11.

Mit Interesse habe ich den Artikel über das Neubauprojekt vom Berghotel Schwägalp gelesen. Beim Anblick des Neubauprojektes wählte ich mich aber eher an der Strandpromenade von Rimini als am Fusse des Säntis im Alpsteingebiet. Nehmen wir doch andere Regionen wie das Simmental zum Vorbild, da werden nur Bauten in die schöne Natur hineingesetzt, welche dort auch hineinpassen. Ich bin bestimmt nicht der einzige Rufer in der Wüste, welcher die Ansicht vertritt, dass zum Neubau des Hotels auf der Schwägalp ein normales Satteldach gehört.

Gott sei Dank soll das Baubewilligungsverfahren erst im März 2012 gestartet werden. Somit hat die zuständige Baubehörde noch genügend Zeit, um ihre Hausaufgaben zu lösen, denn auf ihr beruhen meine Hoffnungen. Sie soll einen strengen Massstab ansetzen und nur ein Projekt gutheissen, welches in die Landschaft hineinpasst. Die Interessen einer weiten Bevölkerungsschicht sollen dabei höher gewichtet werden als die Denkmal-Interessen eines Architekten.

Mathias Kuhn
Wilerstr. 33b, 9602 Bazenheid

Mit fremden Federn

Die Oberstufen Taminatal und Quartan können ab 2012/2013 mit den Schulversuchen von alternativen Modellen beginnen. Es ist schon erstaunlich, dass dies plötzlich nach langem Kämpfen möglich ist, wenn wir bedenken, dass sich Regierungsrat Kölliker und der Erziehungsrat vorgängig ganz klar gegen diese Modelle ausgesprochen haben. Die IG ist der Ansicht, dass noch Aufklärungsbedarf besteht. Ursprünglich, als es um die neue Oberstufenreform ging, wurden die Schülerzahlen für eine «gute» Oberstufe definiert. Die Zahl 150 wurde sehr schnell auf 120 Schülern reduziert. Man sah, dass die Grenze von 150 Schülern auf einer Oberstufe in den nächsten Jahren von sehr vielen Oberstufen nicht mehr erreicht würde. Die kleinsten Oberstufen haben da sofort reagiert und sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengefunden. Seit 2009 haben wir uns intensiv für die neuen Schulmodelle, aber auch für unsere Oberstufen eingesetzt.

Fakt 1 ist, dass sich Regierungsrat Kölliker und der Erziehungsrat bis zuletzt klar gegen alternative Modelle ausgesprochen haben. Fakt 2 ist, dass wir in der Vernehmlassungsphase zur Oberstufenreform keinen Termin mit Stefan Kölliker erhalten haben. Erst nach dieser Phase konnten wir vorstellig werden. Fakt 3 ist, dass ohne den couragierten Einsatz der Bevölkerung

in Häggenschwil es keine Oberstufe mehr gäbe, da das Bildungsdepartement der gut funktionierenden Schule die Bewilligung verweigerte. Fakt 4 ist, dass nur zwei Schulgemeinden einen Schulversuch starten dürfen, aber alle fünf Schulgemeinden der IG einen Schulversuch gewünscht haben – obwohl die Schülerzahlen vom Oberen Neckertal wie auch von Weesen-Amden ca. die gleichen sind wie von Quartan; die Schülerzahlen vom Taminatal und von Häggenschwil sich ebenfalls im gleichen Rahmen befinden. Fakt 5 ist, die Anträge für Schulversuche wurden von den Schulgemeinden gestellt und nicht die Schulgemeinden wurden eingeladen! Fakt 6 ist, dass erst unter dem politischen Druck des Kantonsrates die Schulversuche in der Form von ADL bewilligt wurden.

Seit ca. 1 ½ Jahren haben wir uns für diese Schulmodelle, die nicht nur kleine Oberstufen, sondern auch grössere Oberstufen anwenden möchten, eingesetzt. Der pädagogische Ansatz und Erfolg dieser Modelle darf man bei allen Diskussionen nicht vergessen. Die Interessengemeinschaft hat für diese Sache gekämpft und die politische Ebene hat dabei sehr grosse Unterstützung geboten. Dafür danken wir.

Greth Zeller,
Präsidentin IG Kleine Oberstufen
haben Zukunft, 8877 Murg

Schuldenerlass für Griechenland

Laut Beschluss von Brüssel verzichten Griechenlands Gläubiger auf die eine Hälfte ihrer Guthaben. Ein solcher Schuldenschnitt erinnert an den biblischen Satz: In jedem siebten Jahr müsst ihr alle Schulden erlassen. Damit bezweckte Moses einen wiederkehrenden Ausgleich zwischen reichen Gläubigern und armen Schuldnern. Zudem verbot er das Zinsgeschäft. Denn es sollten sich nicht übergrosse Guthaben und Schulden bilden. So war bei den zuvor in Ägypten versklavten Israeliten der Kapitalismus gezähmt, überwunden – zumindest theoretisch. Dem alttestamentlichen Schuldenerlass entspricht die neutestamentliche Schuldenergebung. Es heisst jedoch, mit der Bitte «Vergib uns unsere

Schulden» seien nur menschliche Verfehlungen gemeint. An Systemfehler, wie sie durch die Eurokrise zutage treten, sei nicht gedacht. Als ob solchen Missständen nicht auch menschliche Verfehlungen in Form von wissenschaftlicher Unehrlichkeit zugrunde lägen. Denn seiner Ehre schadet, wer Gläubiger und Schuldner nicht in wechselseitiger Abhängigkeit sieht, wer nur von Überschuldung und nicht auch von Übervermögen spricht, wer Marktwirtschaft mit Kapitalismus gleichsetzt, wer am Bargeld als Zahlungsmittel und Wertespeicher festhält, wer eine ständige Geldentwertung (Teuerung) als nötig bezeichnet, wer das Zinsgeschäft als Ursache des Wachstumszangs ausblendet

usw. Die landläufig nur sittlich verstandene Schuldenergebung ist noch aus einem weiteren Grund sehr zweifelhaft. Denn mit Sätzen wie «Vergib uns unsere Schulden» wirkte Jesus als Glaubensreformer. (Re-form heisst zurück zur Ur-form.) Und als Reformier gefiel er dem Volk, wie sein Einzug in Jerusalem zeigte. Aber er missfiel der Oberschicht, die ihn kreuzigen liess.

Der beschlossene Schuldenerlass beseitigt keineswegs alle Leiden des griechischen Volkes. Aber er wäre ein guter Grund, die Forderung von «Occupy Wall Street!» auszuweiten auf «Occupy university!»

Hans-Jörg Willi
Höhenstr. 19, 9320 Arbon